

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Einmalig übertragene Abnehmer zahlen 10 Mk. für den ersten Monat. Einzelnummern 50 Pf. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben und unter Umständen zu jeder Zeit bezogen werden. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 36-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 24-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 36-spaltige Raumzeile im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Anzeigen nehmen alle Vermitlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 263 — 83. Jahrgang      Wilsdruff-Dresden      Sonntag, 9. November 1924

## Die Reformpläne der Regierung.

Die politische Krise, die eine gesetzgeberische Arbeit des Reichstags praktisch unmöglich machte und zu seiner Auflösung führte, damit auch den verfassungsmäßigen Einfluß der Volksvertretung ausschaltete, kann nicht dazu führen, daß nun das staatliche Leben bis zu den Wahlen stillliegt. Jetzt weniger noch wie sonst; denn durch die Durchführung des Londoner Pakts werden die politischen und namentlich die wirtschaftlichen Zustände in schneller Folge geändert, unterliegen dem Wechsel und die Regierung muß darauf in irgendeiner Weise Rücksicht nehmen. Wenn auch die Entscheidung der Volksvertretung ausgeschaltet ist, vor einem Jahr hatte sich die Regierung dieses Rechts durch ausdrückliche Ermächtigung vom Reichstag geben lassen und jetzt dient verfassungsmäßig der Art. 48 der Weimarer Verfassung dazu.

Das Reichsministerium will also auf dem Verordnungs- oder dem Verwaltungswege eine Reihe durchgreifender Reformarbeiten namentlich auf dem technischem und dem wirtschaftlichen Gebiete in Angriff nehmen, weil sich die Voraussetzungen für das bisherige System grundlegend geändert haben. Befangen worden ist schon, daß die Umsatzsteuer, die Körperschaftsteuer, die Körperschafts- und die Einkommensteuer ermäßigt bzw. abgeändert werden sollen. Auch andere Maßnahmen aus der Zeit der Not und der darauffolgenden Einschränkung der staatlichen Veräußerungen sollen wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Das bezieht sich besonders auf Schutzbestimmungen und Minderungen, die gegen die Personalabbaubestimmungen getroffen worden sind, aber nicht durchgeführt werden konnten, weil die finanzielle Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden über sie hinwegzuführen zu wollen. Mit dem Abbau soll Ende des Kalenderjahres im allgemeinen Schluss gemacht werden und der Abbau nur in jenen Behörden noch durchgeführt werden, wo dringende Aufgaben den gesetzlich vorgeschriebenen ihn bisher verhindern.

Weiter kündigt die Reichsregierung an, daß sie ihre Bestrebungen auf Senkung der Preise fortsetzen will. Die Preissteigerung hat zunächst einmal zu einer täglich immer höher anschwellenden Lohnsteigerungswelle geführt, der nun auch die Beamtengehälter nachfolgen. Gehälter wie Löhne werden damit wenigstens teilweise in das frühere Verhältnis zu den Preisen gesetzt. — aber es liegt in einer Fortsetzung veralteter Methoden die große Gefahr einer neuen Inflation. Es fragt sich nur, ob die Preisabbaubestimmungen der Regierung, die theoretisch natürlich völlig richtig sind, weil man die Kaufkraft der Mark dadurch steigern will, ihren Zweck erreichen werden. Wenn also die Löhne und Gehälter den Friedensnominalstand wohl erreicht haben oder demnächst erreichen werden, so bedeutet das ja leider noch lange nicht die Wiedererlangung der Kaufkraft des Friedensstandes.

Und schließlich kündigt die Regierung noch an, daß sie an die Milderung der durch den Kriegsausgang und die Selbstwertung hervorgerufenen Noie herantreten will. Das ist wohl eine etwas verschleierte Ankündigung über bestimmte Pläne des Kabinetts hinsichtlich der Aufwertung der öffentlichen Anleihen. Wenn außerdem gesagt wird, daß man dabei über den bisher ziemlich eng gezogenen Kreis der für die Aufwertung in Betracht kommenden hinausgehen will, so wäre vielleicht vorzuziehen, daß die ganze Frage nicht mehr durch soziale Notmaßnahmen geregelt wird, sondern grundsätzlich. Die Arbeit des Aufwertungsausschusses des Reichstages ist hierfür eine vergebliche gewesen. Freilich hat man bei dieser Ankündigung der Regierung gerade über diese Frage das unbestimmte Empfinden, daß auch wohl die Rücksicht auf den 7. Dezember dabei mitspricht. Denn leider ist die ganze Aufwertungsfrage schon zu einer parteipolitisch ausgenutzten Angelegenheit geworden. Wenn man schon damit gerechnet hat, daß die Zusagen des Londoner Pakts über die Anleihe und die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Freiheit erfüllt würden, so hätte man vielleicht doch Zeit gehabt, auf diesen Voraussetzungen aufzubauen und auf dem regelmäßigen gesetzgeberischen Wege alles vorzubereiten. Den Finanzausgleich zwischen dem Reich auf der einen, Ländern und Kommunen auf der anderen Seite will das Kabinett diesem gesetzmäßigen Wege überlassen, also dem neuen Reichstag unterbreiten. Trotz der angebotenen parteipolitischen Überhöhung dieser Maßnahmen kann man sich aber an das rein Tatsächliche halten und ganz schlechte Erfahrungen hat man mit dergleichen Notverordnungen ja schließlich auch nicht gemacht.

Für Freitag waren die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen. Zunächst wurde über die Ausnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden verhandelt und in diesem Zusammenhang die Frage der Durchführung der Verordnung vom 1. November d. J. erörtert, dann wurde darüber beraten, was nach Ablauf der Gültigkeit der Verordnung am 31. Januar 1925 geschehen soll. Wie es heißt, sollen die Länder ihre Bedenken zu den geplanten Steuernminderungen aufrechterhalten.

## Reichsmark in Newyork notiert.

23,8 Dollar für 100 Reichsmark.

New York, 7. November.  
Die Gesundung der deutschen Währung hat bereits ihren Ausdruck an den ausländischen Börsen gefunden. An der Newyorker Börse wurde zum ersten Male wieder die amtliche Notierung der neuen deutschen Reichsmark angenommen. Für eine gewisse kurze Zwischenzeit sollen alle Käufe und Verkäufe der Reichsmark durch die National City Bank erfolgen. Bei der Notierung der Reichsmark stellte sich der Einheitskurs auf 23,80 Dollar für 100 Reichsmark. Seit der Streichung der Papiermark war dies die erste offizielle Notierung in deutscher Mark.

Zweifellos wird dieses Zeichen für die Gesundung der deutschen Währung und die Anerkennung dieser Verbesserung in Amerika bahnbrechend für die Auffassung im übrigen Ausland wirken. Auch die Ankündigung der Reichsregierung über Steueranmeldungen und Aufwertungspläne hat insofern schon ihre Wirkungen geäußert, als an der Berliner Börse lebhaftere Bewegung am Anleihemarkt entstand. Man erwartet ein umfangreiches Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Luther.

### Der Reichsetat im Gleichgewicht

Die Gesamtertragnisse beliefen sich im Januar auf 503 Millionen Goldmark, im Februar auf 418 Millionen, im März auf 595 Millionen, im April auf 523 Millionen, im Mai auf 518 Millionen, im Juni auf 472 Millionen, im Juli auf 583 Millionen, im August auf 592 Millionen, im September auf 609 Millionen. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1924 wurden 3,3 Milliarden Goldmark aus den Steuern vereinnahmt, während im Voranschlag für das ganze Jahr 5,2 Milliarden errechnet worden waren. Wenn auch einzelne Abstriche an diesen Ziffern zu machen sind, so ergibt sich doch, daß der Reichsetat sicherlich ins Gleichgewicht gebracht ist.

## Die österreichische Regierung zurückgetreten.

### Der unvermeidliche Eisenbahnerstreik.

Wien, 8. November. Die Verhandlungen zwischen der Bundesbahn-Direktion und den Organisationsvertretern wurden bis 10 1/2 Uhr abends weitergeführt. Da auch ein neuer innerhalb des Rahmens der bisherigen finanziellen Zugeständnisse gemachter Vorschlag des Präsidenten Dr. Günther abgelehnt wurde, scheiterten die Verhandlungen endgültig. Infolgedessen überreichte Präsident Dr. Günther dem Bundeskanzler sein Rücktrittsgesuch. Die Regierung trat nochmals zu einem Ministerrat zusammen und unterbreitete dem Bundespräsidenten ihre Demission. Sie führt einstweilen die Geschäfte weiter.

### Die Gründe des Rücktritts.

Wien, 8. November. Der Präsident der Bundesbahnen unterrichtete vormittags den Bundeskanzler über die durch die

Ablehnung der bis an die äußerste Grenze gehenden Zugeständnisse geschaffenen Lage und kündigte für den Fall des Streikausbruchs seine Absicht, von der Leitung der Bundesbahnen zurückzutreten, an, da er dann die erfolgreich eingeleitete Sanierung der Bundesbahnen als bedroht ansehen müsse. Der Bundeskanzler billigte den Standpunkt des Präsidenten und ersuchte ihn, sich bei seinen Entscheidungen ausschließlich von Erwägungen einer Führung der Bundesbahnen nach wirtschaftlichen Grundfragen leiten zu lassen. Zugleich erklärte er, daß die Regierung, wenn ihr bei einem so wichtigen Teil des Sanierungswerkes, wie es die Reform der Bundesbahnen sei, unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht würden, nicht länger im Amte bleiben würde. Der Ministerrat beschloß nachmittags im Sinne der Vorschläge des Bundeskanzlers. Dieser teilte die Entschlüsse des Präsidenten Günther und der Regierung unverzüglich den parlamentarischen Führern mit und betief Vertreter der Eisenbahnerorganisationen, um sie eindringlich zu warnen, nicht noch in letzter Stunde das von der Regierung und dem Parlament unter so großen Opfern nahe an die Vollendung geführte Sanierungswerk zu gefährden.

### Der Streik.

Eigener Fernsprechsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Wien, 8. November. Der Streik der Eisenbahner ist um Mitternacht ausgebrochen. Die um diese Zeit noch auf den Strecken befindlichen Züge wurden an ihre Bestimmungsorte weitergeleitet. Am 12 Uhr nachts werden keinerlei Passagiere mehr zu den Zügen gelassen. Lebensmittelzüge werden vorläufig ohne Einschränkung verkehren. Auch gilt zunächst die Kohlenversorgung als gesichert. Man glaubt, daß der Versuch gemacht soll, ein Beamtenkabinett durch den Nationalrat wählen zu lassen, doch hätte ein Beamtenkabinett wahrscheinlich keinerlei Aussicht, die Schwierigkeiten beseitigen zu können. Vielsach wurde der frühere Bundeskanzler und jetzige Vizepräsident von Wien, Schöber, als kommender Mann genannt.

### Englischer Botschafterwechsel in Berlin.

London, 8. November. Die Abreise des englischen Botschafters in Berlin Lord D'Abernon ist abermals verschoben worden. Während einige Blätter seine Stellung stärken, nennen andere bereits als seinen Nachfolger Sir William Tyrrell, den gegenwärtigen Abteilungschef im Auswärtigen Amt.

### Vor der Ankunft der Zeppelinmannschaft in Bremerhaven.

Berlin, 8. November. Wie der „Lokalanzeiger“ berichtet, wird am Sonnabendvormittag 10 Uhr in Bremerhaven die Zeppelin-Mannschaft erwartet. Der norddeutsche Luftdampfer „Ränder“, der die Zeppelin-Mannschaft an Bord hat, trifft am Sonnabend vormittags 10 Uhr in Bremerhaven ein.

### Die Reparationskohlen.

Eigener Fernsprechsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Berlin, 8. November. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, wurde bei den deutsch-französischen Kohlenverhandlungen in Paris die Kohlenmenge, die Deutschland auf Reparationskonto liefern muß, auf etwa eine Million Tonnen monatlich festgesetzt.

## Langemark und Dixmuiden.

### Die blutigen Novembertage von 1914

Nordwestlich von Bevelaere, wo sich des Engländers Haig Kavalleriedivision an des Franzosengenerals D'Urban rechte Schulter lehnte, war der Kampf blutig, als Worte lagen. Aus ihren überhöhten Stellungen überschütteten die Briten die Sturmgräben des XXVII. Reservekorps (Sachsen und Württemberger) an der Halde von Bevelaere mit Kreuzfeuer. Da stieg aus diesen verchlammten, zerfallenen Gräben das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ und als das Spitzregiment 245 sich aus seinen Gräben erhob und Hunderte sanken, ehe sie sich auf die Böschung schwingen konnten, als der Graben sich mit Toten und Verwundeten füllte, da ging das Lied mit den Überlebenden zum Sturm und warf den Feind auch hier aus seinen ersten Linien. Doch vor Hooge und Westhoek erlarb auch das Lied, die tiefgestaffelte Stellung war nicht im Sturm zu nehmen und widerstand. Die Vaterlandslieder, mit denen die Freiwilligenregimenter gegen die feuerspeienden Bastionen von Langemark, Virschote und Dixmuiden marschiert waren, verhalten als Geistesergang Jung-Deutschlands über den toten Gewässern der flandrischen Ebene.

Ein Schweizer ist es, der das geschrieben hat, der bekannte Geschichtsschreiber des Krieges Hermann Stegmann. Wie ein Riß ging es durch alle deutschen Herzen, als mit einfachen, nüchternen Worten, die doch wie Donnerschläge des Schicksals klangen, der Heeresbericht vom 10. November künde: Dixmuiden wird von

den Deutschen erstickt. Westlich von Langemark brechen junge deutsche Regimenter unter dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nehmen sie.

Jung-Deutschland nicht nur war es, es war die Blüte der deutschen Jugend. Von den Bänken der Hörsäle nicht nur, sondern aus den Fabriken und Kontoren waren sie herbeigeströmt, weil sie wußten, unerträglich fühlten: Heimat in Not! Und es galt jetzt, wirklich die Heimat über alles zu stellen, vor allem über das kleine Leben des einzelnen. Man hat gesprochen und geschrieben über den Kindermord an der Yser. Nach mancher Richtung hin, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, denn hastig war die Ausbildung und nur ganz unvollkommen. Und mancher von den Freiwilligen hat erst in der Schlacht seinen ersten scharfen Schuß abgegeben.

Ernst und gewaltig groß war ihr Schicksal. Von Westen rollte die englisch-französisch-belgische Dampfwalze heran, von Dünkirchen und Calais her den rechten deutschen Flügel einzudrücken. Wer diese kritischen Tage von 1914 erlebt hat, als alles bis zum Regimentsführer in den niedrigen Gräben am Herfalan fand, der wird ermessen können, welche Erleichterung die Kunde brachte, daß vier neue deutsche Korps im Anrollen waren. Es waren die Freiwilligenregimenter und vom Eisenbahnwagen aus gingen sie in die furchtbare Schlacht des Jahres 1914.

Hinein in diese windüberbrausten, von Nebel überfluteten Ebenen Flanderns. Hunderttausende deutscher Soldaten kennen ja die Hölle, von unzähligen Gräben zerrissene flandrische Ebene. Fast überall verliert der